

RNZ 128 07 09

# Ein verhaltenes Ja zur Verkehrsuntersuchung

Stadtrat vergab Auftrag für Generalverkehrsplan an Karlsruher Planungsbüro Leutwein – Wichtige Grundlage für Zukunftsplanungen

Sinsheim. (mw) „Das zentrale Thema der Stadt“ mit Auswirkungen bis ins Jahr 2030 ist laut Oberbürgermeister Rolf Geinert der Generalverkehrsplan. „Es geht um wichtige Planungen für die Stadt“, unterstrich er in der jüngsten Gemeinderatssitzung. Der letzte Generalverkehrsplan datiert aus dem Jahr 1993, ergänzte Bürgermeister Achim Keßler. Gerade die jüngsten Entwicklungen der Vergangenheit wie der dritte Autobahnanschluss Sinsheim-Süd und die Auswirkungen auf Stadtteile wie Steinsfurt, Rohrbach und die Kernstadt erforderten „Reaktionen auf planerischer Seite.“

Die Verkehrs-Untersuchungen der Stadt in den letzten Jahren summieren sich laut Keßler auf 300 000 Euro. Die für den Generalverkehrsplan erforderliche Untersuchungen der Verkehrsströme beziehen auch öffentlichen Personennahverkehr sowie Radfahrer und Fußgänger ein. Das Büro Köhler und Leutwein (Karlsruhe), das von den Räten mit der Ausarbeitung des Generalverkehrsplans beauftragt wurde, unterstreicht in seinem Angebot, dass eine „Zukunftsicherung der allgemeinen Mobilität im Bereich der Stadt nicht nur bezogen auf den motorisierten Verkehr gewährleistet wird“, sondern auch für Fußgänger und Radfahrer „angemessene und nachhaltige Verkehrswege geschaffen werden.“ Das umfangreiche Werk wird knapp 180 000 Euro kosten.

Wichtige Aufgabe des Verkehrsplans ist es, den „aktuellen Bestand für alle Verkehrsträger eingehend zu analysieren und „Schwachpunkte bei den einzelnen Verkehrsträgern wie in der Gesamtqualität für die jeweiligen Nutzer festzustellen und zu dokumentieren.“ Mit diesen Ergebnissen seien „für unterschiedliche Prognosehorizonte die zukünftige Entwicklungen“ abzuschätzen. Alle vorgeschlagenen Maßnahmen werden „auf ih-



Aussagen zur Verkehrsentwicklung in der Stadt bis zum Jahr 2020 soll der Generalverkehrsplan liefern, mit dessen Ausarbeitung die Stadträte in jüngster Sitzung das Karlsruher Planungsbüro Köhler und Leutwein beauftragten. Foto: Weis

re Realisierbarkeit, Durchsetzbarkeit und Finanzierbarkeit untersucht.“

Ein mehr oder weniger verhaltenes „Ja“ äußerten die Fraktionschefs von CDU, Friedrichhelm Zoller, und Freien Wählern, Harald Gmelin. Man müsse Ja sagen „wegen der Vorgaben vom Land“ und weil die „Forttschreibung immer wieder auf der Tagesordnung steht.“

Die „Nachhaltigkeit der Angaben“

zweifelte auch SPD-Rätin Magdalena Hirzel an, während Grüne-Stadträtin Anke Krispien „interessante Ziele“ im Plan ausmache. SPD-Rat Adolf Skrobanek nahm das Büro Leutwein ins Visier, „die das für uns seit 20 bis 30 Jahren machen.“ Er monierte, dass viele Kreisverkehrsplätze nicht realisiert worden seien. Michael Czink lehnte die Ausgabe von 180 000 Euro ab „nur um der Bürokratie

Genüge zu tun. Ich sehe überall nur Lücken, die alte Planungen hinterlassen haben.“ Czinks Meinung rief den OB auf den Plan, der die „unsachliche Kritik“ rügte. „Viele Vorhaben wurden vom Regierungspräsidium nicht genehmigt.“ Auf der Grundlage des Generalverkehrsplanes seien aber „wertvolle Verkehrslösungen der letzten Zeit realisiert“ worden